

## Das Thema

# „Das Thüringer Volk ist klüger als es die CDU im Lande glaubt“

MDL Bodo Ramelow in der Landtagsdebatte zum diesjährigen Thüringen-Monitor „Staatsaufgaben und Staatsausgaben“

Das der Thüringen-Monitor ein „Echolot für unsere Gesellschaft“ geworden ist und damit eine „wichtige Vermessung“, betonte der Fraktionsvorsitzende der LINKEN in seiner Rede zur „Regierungserklärung der Ministerpräsidentin zum Thüringen-Monitor 2011“ am 13. Oktober im Thüringer Landtag. Allerdings hätte er sich bei mancher Fragestellung einen etwas kritischeren Blick gewünscht.

Mit Blick auf den Obertitel des diesjährigen Thüringen-Monitors „Staatsaufgaben und Staatsausgaben“ sei das Fazit der Linksfraktion: „Das Thüringer Volk ist klüger als die CDU glaubt“, betonte Bodo Ramelow. Zumindest halte die Beschlusslage der CDU einer Überprüfung durch den Thüringen-Monitor nicht stand. „Zuerst muss man die Verwaltungsaufgaben definieren, dann muss man definieren, wo sie denn wahrgenommen werden sollen, um in der Konsequenz daraus eine Gebietsreform abzuleiten. Aber mit einer Verwaltungsreform zu beginnen, die erstmal eine solide Aufgabenkritik ermöglicht, das wäre ein Ausgangspunkt.“

Er sei schon erstaunt, wenn in der Regierungserklärung gesagt wurde, dass der Aufschwung bei den Menschen ankomme, so der LINKE-Politiker weiter – „ein Bundesland, in dem so viele junge Menschen ununterbro-

chen abwandern, in dem so viele Menschen in den Nachbarbundesländern arbeiten, hat natürlich mittlerweile eine niedrigere Arbeitslosigkeit.“ Dies müsse man aber in Relation zur älter werdenden Gesellschaft sehen.

„Deswegen brauchen wir eine veränderte Politik, damit es Gründe gibt, dass Junge bleiben und auch Junge zuwandern. Das heißt, das Thema Bildung muss eines der zentralsten Themen sein. Zudem müsse gemeinsam dafür gesorgt werden, dass keine Armutslöhne mehr gezahlt werden, „dass wir uns nicht auszeichnen als Niedriglohnland, sondern als ein Land in der Mitte Europas, in dem für gute Arbeit auch guter Lohn gezahlt wird“.

Gar nicht mitgehen könne er, so Ramelow, mit der von den Wissenschaftlern im Thüringen-Monitor vorgenommenen Gleichsetzung von Freiheit und Gleichheit als Ausdruck für eine totalitäre Grundeinstellung:

„Dass Gleichheit und Freiheit auseinanderdividiert werden, weil das Gegenteil dann ja als Antwort erwartet wird, das finde ich wissenschaftlich und soziologisch ausgesprochen schwierig, aber auch mit unserem Alltagsprozess nicht zu vereinbaren. Die Frage ist, wie übersetze ich Gleichheit (...) und was ist die Bedingung für Freiheit? Die Bedingung für Freiheit für einen Niedriglohnarbeitnehmer ist,

dass er zum Amt gehen muss, sich als Aufstocker staatliches Geld holen muss, um überhaupt an dieser Gesellschaft teilhaben zu können. Wenn das die Freiheit ist, die wir präsentieren, ist das eine falsche Freiheit. Deswegen gehört aus unserer Sicht zur Gleichheit

die Verfassung aufgenommen werden – „als wenn mit dieser Schuldenbremse ein einziger Schuldeneuro abgebaut würde, diese Logik teilen wir nicht“. Eine Finanztransaktionssteuer einzuführen und nicht nur über sie zu reden, „das muss doch das Gebot der Stunde



Dem Dank der Ministerpräsidentin, dass der Landtag in einer symbolträchtigen Aktion deutlich gemacht hatte, „dass Neonazis bei uns keinen Platz haben“, wie Christine Lieberknecht in ihrer Regierungserklärung betonte, schloss sich Bodo Ramelow ausdrücklich an: „Solche Signale brauchen wir und damit auch das Bündnis zwischen Zuständigen und Anständigen.“

der Begriff der Chancengleichheit. das heißt, die Menschen müssen überhaupt eine Chance haben, die Freiheit nutzen zu können, um sich dann zu entscheiden, der eine geht ins Theater, der nächste ins Kino, ein anderer zum Treffen mit Freunden, aber das Geld dazu muss er schon haben, um so etwas überhaupt machen zu können.“

Dann bezog sich Bodo Ramelow auf die von der Ministerpräsidentin betonte Aussage aus dem Thüringen-Monitor, dass 60 Prozent der Befragten sagten, eine Schuldenbremse sollte in

sein“, und Deutschland könne hier Vorreiter sein. „Dann lassen Sie uns anfangen, Börsenumsatzsteuer einzuführen, Erbschaftssteuer einzuführen und eine Millionärsabgabe.“

(...) Das werden uns die Bürger nicht nur ins Stammbuch schreiben, danach werden sie uns zur Rechenschaft ziehen, ob wir die Vermögen in diesem Land beteiligen am Abbau der Staatsschulden, d.h. ein modernes Lastenausgleichsgesetz, bei dem die Vermögen auch nachdrücklich besteuert werden.“

## MDL Martina Renner: „Ich will nicht nur eine Schule ohne Rassismus, ich will auch eine Kirmes ohne Rassismus“

**Auszüge aus der Rede die innenpolitischen Sprecherin der Linksfraktion und stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden, Martina Renner, zum Thüringen-Monitor:**

Vorhin hat ein kluger Politiker hier vorn gesagt, der Thüringen-Monitor ist das Echolot der Demokratie. Ich will hinzufügen, wir können auch nach diesem Monitor wieder feststellen es gibt nicht nur feine Risse, und die Risse sind nicht nur im Putz.

Demokraten müssen von Parteien, von der Regierung, von den Institutionen ermutigt werden, für Demokratie und gegen Rechtsextremismus einzutreten – sie dürfen nicht eingeschüchtert werden. Das Vorgehen der Sächsischen Justiz gegen den Jugendpfarrer Lothar König und andere, die massenhafte Überwachung der antifaschistisch Engagierten oder die Aufhebung der Immunität von Bodo Ramelow und André Hahn mit der Mehrheit des Justizausschusses bzw. des Parlaments macht den Menschen nicht Mut, sondern soll einschüchtern. Dieser Tendenz werden wir entgegenzutreten.

Die harten Fakten sind erschreckend. Der harte Kern der rechtsextrem Eingestellten hat sich von 2010 auf 2011 verdreifacht. Die Gesamtzahl der Neonazis im Geiste hat um ein Drittel zugenommen und liegt jetzt bei 17 Prozent. Die Rassisten in der Bevölke-

rung sind in der Mehrheit. 56 Prozent der Thüringer geben an, dass die Bundesrepublik durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maß überfremdet ist. 53 Prozent meinen, dass Ausländer nur hier herkommen, um unseren Sozialstaat auszunutzen. Zu den Ursachen der Zunahme rechtsextremer



und rassistischer Einstellungen gibt der Monitor einen Denkstoß, über den wir auch nachdenken müssen.

So könnte die Sarrazin-Debatte, vermuten die Wissenschaftler, dazu geführt haben, dass bereits bestehende rassistische und nationalistische Einstellungen leichter artikuliert werden können oder sich gar verfestigt haben.

In diesen Wochen steht zu befürchten, dass Stichwortgeber aus Politik und Medien, die ihre Europafeindlichkeit offen zur Schau stellen, diesen deutsch-nationalen Diskurs weiter befeuern werden. Hier muss auf einen Befund des Thüringen-Monitors noch einmal hingewiesen werden, der alarmierend ist. Der ohnehin geringe Anteil derer, die sich als Europäer ansehen, hat sich nochmals nahezu auf nur

noch fünf Prozent halbiert. Bei den unter 25-jährigen sind es sogar nur noch zwei Prozent. Hier muss Politik mit einem klaren Bekenntnis zu Europa endlich gegensteuern.

Jeder einzelnen Einstellungsebene des Neonazismus, ob Rassismus, Antisemitismus, Sozialdarwinismus oder Nationalismus muss begegnet werden. Wir müssen kritisch hinterfragen, ob die verschiedenen Angebote auch im Rahmen des Landesprogramms zu sehr auf Jugendliche und Schüler fokussieren. Die Zunahme rechtsextremer Einstellungen bei über 60-jährigen und die starke Verankerung im Mittelalter müssen hier zu einem Umdenken führen. Die gesellschaftliche Ansprache darf nicht dort primär ansetzen, wo die Zielgruppe mir nicht weglaufen kann, sondern wir müssen in die Mitte der Gesellschaft zielen.

Dort liegt das Problem! Ich will nicht nur eine Schule ohne Rassismus, ich möchte auch eine Kirmes ohne Rassismus in Thüringen. Ich will nicht nur Antigewalttraining für Jugendliche und Streitschlichter in Schulklassen, sondern eine Demokratisierung der Arbeitswelt und des gesamten vopolitischen Raums. Wir brauchen regionale und soziale Analysen des Rechtsextremismus, und manchmal muss die Maßnahme auch dort ansetzen, wo erst Widerstände überwunden werden müs-

sen. Wegducken kann es angesichts der Befunde des Monitors nicht mehr geben. Vor diesem Hintergrund, also der konkreten Bedrohung durch Neonazis, halten wir auch die im Text immer wieder auftretende Extremismuskritik nicht nur für wissenschaftlichen und politischen Unfug, sondern eine Gefahr für Demokratie und Offenheit der Gesellschaft. Wer tatsächlich propagiert, dass von Sozialisten, Globalisierungskritikern, Kriegsgegnern und Antifaschisten die gleiche Gefahr ausgeht, wie von Anhängern einer eliminatorischen Ideologie, die jederzeit auch in Thüringen tödlich sein kann, der höhlt Demokratie aus.

Vor diesem Hintergrund und auch mit Blick auf die Majorität des Rassismus in den Einstellungen in Thüringen, ist die Aussage in der Regierungserklärung, die Extremisten von rechts und links treffen sich an den Rändern der Gesellschaft, in doppelter Hinsicht falsch und soll möglicherweise den politischen Diskurs von der eigentlichen Krise des politischen Systems und den tatsächlichen Gefahren durch den Rechtsextremismus und Rechtspopulismus ablenken. In diesem Sinne kann nur mehr Demokratie der Weg raus aus der Krise des politischen Systems sein und gleichzeitig ein wichtiges Element der Immunisierung gegen Rechtsextremismus.